

# «Die Kosten sind nicht das Problem»

Bernhard Pulver, Präsident des Inselspitals und Grünen-Politiker, ist die ewige Kostendebatte im Gesundheitswesen leid: Es gebe grössere Probleme. Und er kritisiert Bundesrat Alain Berset. **Interview: Ladina Triaca und Alan Cassidy**

**NZZ am Sonntag:** Herr Pulver, die Kosten im Gesundheitswesen explodieren. Wo können wir sparen?

**Bernhard Pulver:** Ich weiss, dass alle Politikerinnen von links bis rechts davon sprechen, dass die Kosten explodieren würden und dass man dringend sparen müsse. Aber ich sehe das anders. Unser Gesundheitswesen ist nicht zu teuer.

**Wie bitte? Die Schweiz hat eines der teuersten Gesundheitssysteme der Welt.**

Es leistet ja auch enorm viel. Die Kosten sind nicht das Problem. Das Wachstum der Kosten hat sich in den vergangenen Jahren verlangsamt.

**Auf sehr hohem Niveau: Wir geben heute 20 Milliarden Franken mehr für das Gesundheitswesen aus als noch vor 10 Jahren.**

Sie müssen das in die richtige Relation setzen. Wir geben 12 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts für die Gesundheit aus. Das ist ähnlich viel wie unsere Nachbarstaaten. Und wir erhalten dafür hervorragende Leistungen. Nur ein Beispiel: Wer einen Hirnschlag erleidet, hat heute eine Heilungschance von 95 Prozent. Zehntausende von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Gesundheitswesens, von der Pflege bis zu den Ärztinnen, verdienen es, nicht einfach nur als Kostenfaktor betrachtet zu werden.

**Das heisst, wir sollten gar nicht mehr über die steigenden Kosten sprechen?**

Nein, das sage ich nicht. Aber wir reden ja seit Jahren über nichts anderes! Und deshalb werden die wirklichen Probleme nicht angegangen. Der dramatische Fachkräftemangel bei den Ärzten und Pflegenden etwa, den wir mit Zugangsbeschränkungen für Ärztinnen und Ärzte noch verschlimmern.

**Die Zürcher Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli (SVP) regt angesichts der steigenden Krankenkassenprämien einen Systemwechsel an: Sie stellt die obligatorische Grundversicherung infrage. Was halten Sie davon?**

Der Kostenröhrenblick führt dazu, dass genau solche abstrusen Vorschläge kommen. Ohne Obligatorium würden sich viele Leute nicht mehr versichern lassen. Aber was, wenn sie im Alter eine aufwendige Krebsbehandlung brauchen? Lassen wir sie dann einfach sterben? Und: Die Kassen würden nur noch die guten Risiken versichern. Wir hätten eine totale Entsolidarisierung. Das wäre eine eiskalte Schweiz.

**Sie sind Präsident einer der grössten Spitalgruppen des Landes und finden, wir brauchen gar nicht zu sparen. Kein Wunder, steigen unsere Prämien Jahr für Jahr.**

Selbstverständlich schauen wir bei uns tagtäglich darauf, die Kosten in den Griff zu bekommen. Wir ergreifen zahlreiche Massnahmen, unter anderem haben wir in der Region Bern zwei Standorte geschlossen. Aber wir haben im Gesundheitswesen kein Kosten-, sondern ein Finanzierungsproblem. In den

## Bernhard Pulver

### Ein politischer Spitalpräsident

Bernhard Pulver, 58, ist Verwaltungsratspräsident der Berner Insel-Gruppe, einer der grössten Spitalgruppen der Schweiz, und Ständeratskandidat der Berner Grünen. Von 2006 bis 2018 sass er im Berner Regierungsrat, wo er für das Bildungs- und Erziehungswesen verantwortlich war. Bernhard Pulver war der erste Generalsekretär der Schweizer Grünen und einer der ersten offen schwulen Exekutivpolitiker.

letzten 25 Jahren sind die Gesundheitskosten um 80 Prozent gestiegen, die Krankenkassenprämien dagegen um 145 Prozent! Ein immer grösserer Anteil an den Gesundheitskosten wird somit über die Prämien der Krankenversicherung finanziert. Der Anstieg der unsozialen Kopfprämien ist das wahre Problem.

**Sie nennen die Kopfprämien unsozial. Aber für Leute mit geringem Einkommen gibt es Prämienverbilligungen.**

Aber viele Kantone schöpfen ihre Möglichkeiten zu wenig aus. Ich habe es in meiner Zeit in der Berner Kantonsregierung selbst erlebt: Wenn gespart werden muss, dann oft bei den Prämienverbilligungen. Der Mittelstand profitiert von den Prämienverbilligungen ohnehin nicht. Deshalb geht es nicht ohne die Abschaffung der Kopfprämien. Kein anderes Land um uns herum hat ein solches System.

**Wer soll denn bezahlen?**

Wir sollten die Prämien an die Einkommen koppeln: Gutverdiener sollen mehr bezahlen. Wir brauchen in der Schweiz mehr sozialen Ausgleich. Davon hatten wir in den vergangenen Jahren zu wenig.

**Die Bevölkerung will keine einkommensabhängigen Prämien. Laut dem Gesundheitsmonitor von Interpharma sind 9 von 10 Befragten für das heutige System.**

Die Bevölkerung muss sich bewusst sein: Wir ändern entweder etwas an der Finanzierung – oder wir werden Leistungen abbauen müssen. Der extreme Kostendruck ist auf Dauer nicht haltbar. Es wird längere Wartezeiten geben – und wir werden nicht mehr alle Menschen versorgen können. Niemand will, dass Spitäler den Notfall nachts schliessen oder die kindermedizinische Versorgung abbauen müssen. Aber kein Spital kann diese ohne Defizite betreiben. All dies wird besonders jene Menschen treffen, die sich keine Zusatzversicherungen leisten können.

**Das ist ein Schreckensszenario.**

Es ist die Realität. Es gibt zu viele Fehlanreize im heutigen System. Nehmen Sie die ambulante Versorgung: Wir alle halten



«Gutverdiener sollen mehr bezahlen»: Bernhard Pulver fordert einkommensabhängige Prämien.

Die Grünen werden nicht derart verlieren, dass sie nicht mehr in den Bundesrat gehören.

es für sinnvoll, mehr Patienten ambulant statt stationär zu behandeln, weil das günstiger wäre. Aber praktisch alle Spitäler in der Schweiz schreiben im ambulanten Bereich Verluste, weil die Kosten mit dem heutigen Tarifsysteem nicht annähernd vergütet werden. Bei uns in der Insel-Gruppe fehlen allein deshalb jährlich rund 40 Millionen Franken.

**Sprich: Sie wollen mehr Geld für Ihre Spitäler.**

Uns geht es ja nicht darum, Gewinne für private Besitzer zu schreiben, sondern die Versorgung sicherzustellen. Wir nehmen eine öffentliche Aufgabe wahr. Wir brauchen dringend höhere Fallpauschalen. In der Insel-Gruppe kostet uns alleine die Teuerung zusätzlich 45 Millionen Franken für Energie und Löhne. Die Krankenkassen verlangen aber, die Preise zu senken. Umgekehrt sind wir

überall mit zunehmender Bürokratie konfrontiert.

**Wo denn?**

Etwa mit der neuen Vorschrift, allen Patienten eine Rechnungskopie auf Papier zu schicken. Neben dem Aufwand führt das dazu, dass die Leute anrufen und fragen, was sie mit der Kopie machen sollen.

**Müssten wir uns als Gesellschaft nicht einmal grundsätzlich fragen, ob jede Leistung nötig ist, gerade am Lebensende?**

Solche Fragen sind berechtigt, aber auch schwierig. Ich habe das selber erlebt. Meine hochbetagte Mutter hatte einen Schenkelhalsbruch. Wir mussten uns dann die Frage stellen, entweder noch eine Operation durchzuführen oder ihren baldigen Tod in Kauf zu nehmen. Sie entschied sich für eine Operation und verbrachte mit meinem Vater danach eine sehr schöne,

emotionale Zeit. Das zeigte mir: In der Theorie ist die Antwort oft einfacher als in der Praxis.

**Sie waren Regierungsrat, wurden Verwaltungsratspräsident der Insel-Gruppe und wollen jetzt in den Ständerat. Unterstreichen Sie damit nicht die Verandelung zwischen Politik und Gesundheitswesen, die immer wieder kritisiert wird?**

Ich möchte nicht den Kopf hinhalten für eine verfehlte Gesundheitspolitik, die uns sagt: Bitte finanziert eure Investitionen selber, versorgt alle Regionen gleichermassen, entlohnt die Pflege besser – zu Recht! –, aber bitte seid günstiger als die Konkurrenz, und die Krankenkassenprämien dürfen auf keinen Fall steigen. Als Spital soll man das alles zusammenbringen. Das kann nicht aufgehen. Als Verwaltungsratspräsident kann ich das nicht ändern. Dafür muss ich in die Politik.

**Dass es Wettbewerb im Gesundheitswesen gibt, ist politisch gewollt.**

Ja, das stimmt. Aber einerseits will man Wettbewerb, andererseits regelt man die Dinge mit Planwirtschaft. Zum Beispiel durch die Zulassungsbeschränkung für Ärzte. Und das, obwohl wir zu wenig Hausärztinnen, Kinderärzte und Psychiaterinnen haben und bald auch zu wenig Spezialisten. Es ist zum Verzweifeln!

**Ist all dies auch eine Kritik am abtretenden Gesundheitsminister Alain Berset (SP)?**

Alain Berset hat als Corona-Minister einen super Job gemacht. Aber er hört nicht auf die Akteure im Gesundheitswesen. Nehmen Sie die Revision der Verordnung über die Krankenversicherung: Alle sind dagegen, und Berset hält daran fest. Da wäre ich als Exekutivpolitiker anders vorgegangen: Wenn alle gegen eine Lösung sind, ist sie noch nicht gut. Die Leistungserbringer sind nicht alles sture Dummköpfe, nur weil sie sich wehren.

**Positionieren Sie sich eigentlich gerade als Nachfolger von Berset?**

Nein, nein – wir haben schon einen Berner im Bundesrat! Aber ich finde, der nächste Gesundheitsminister oder die nächste Gesundheitsministerin sollte stärker den Dialog suchen und besser zuhören, was die Leistungserbringer zu sagen haben.

**Das heisst, Sie schliessen eine Bundesratskandidatur für die Grünen aus?**

Diese Frage wird mir seit 2008 bei jeder Vakanz im Bundesrat gestellt. Ich beantworte die Frage dann, wenn sie sich tatsächlich stellt. Zuerst muss ich überhaupt in den Ständerat gewählt werden.

**Gehören die Grünen in den Bundesrat?**

Ja, auf jeden Fall.

**Auch wenn sie bei den Wahlen im Herbst verlieren?**

Die Grünen werden nicht derart verlieren, dass sie nicht mehr in den Bundesrat gehören.